Sachdokumentation:

Signatur: DS 5866

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5866

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

BRISANT Schweizerzeit

Der aktuelle Freitags-Kommentar
23. Oktober 2026

Machen Sie mit:
>> Spenden
>> Schweizerzeit-Magazin abonnieren

Linksextrem und wohlstandsverwöhnt

Frankreich brennt – und die Juso-Zündler wollen den Brand importieren

von Anian Liebrand, Verlagsleiter und Chefredaktor «Schweizerzeit»

Vermummte plündern Geschäfte, Rathäuser stehen in Flammen, in Marseille brennen Läden jüdischer Besitzer, in Paris wird eine Synagoge verwüstet. Mittendrin: der Vizepräsident der Juso Schweiz, der mit Herzchen-Geste «volle Unterstützung aus der Schweiz» übermittelt – und für einen «Jugendstreik» am 20. November hierzulande wirbt. Was in Frankreich zu besichtigen ist, muss uns eine Warnung sein. Und was die Jungsozialisten daraus machen, ist ein Skandal, den anständige SP-Politiker nicht länger aussitzen dürfen.

Die Bilder vom 17. Oktober und dem darauffolgenden Wochenende gehen um die Welt: In Paris, Marseille und Lyon brennen Barrikaden, Vermummte schlagen Schaufenster ein und räumen Läden leer, das Rathaus von Limoges wird angezündet. Eine Café-Besitzerin wird mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Rund 2'500 Personen werden festgenommen, gegen 1'000 Polizisten und Feuerwehrleute verletzt. Premierminister Sébastien Lecornu spricht von «besonders gewalttätigen Ultralinken», die «methodisch» Eigentum, Personen und die Institutionen der Republik angriffen. Selbst er räumt also ein: Das waren keine spontanen Wutausbrüche verzweifelter Schüler. Das war organisiert.

Besonders verstörend ist, was aus Marseille gemeldet wird. Der bekannte französische Journalist Paul Amar berichtete auf CNews, in einer Strasse seien sämtliche Geschäfte jüdischer Besitzer angezündet worden – die Läden muslimischer Inhaber dagegen blieben unversehrt. Die Randalierer hätten die Adressen gekannt. In Paris wurde gleichzeitig eine Synagoge verwüstet. Die Behörden wiegeln ab, die jüdische Sicherheitsorganisation SPCJ bestätigt immerhin, dass jüdische Geschäftsleute getroffen wurden. Und mittendrin in vielen gewaltaffinen Demo-Zügen: die Palästina-Fahne – als Symbol der Allianz Linksextremer mit radikal-muslimischen Krawallanten.

Die Ausgangslage in Frankreich mag ernst gewesen sein, das sei nicht bestritten: Überfüllte Klassen, Lehrermangel, verlotterte Schulhäuser. Die Klagen der Schüler waren teilweise berechtigt – das belegen selbst die OECD-Daten. Doch innert Wochen wurde aus einer Schülerbewegung ein Flächenbrand, der sich gegen alles richtete, was linksextremistischen Kreisen gegen den Strich geht: gegen Aufrüstung, Imperialismus, Polizei und «das System». Der Extremismusforscher Ahmad Mansour bringt es auf den Punkt: «*Wer von Schulprotesten spricht, hat keinen Bezug zur Realität.*» Die Proteste wurden gekapert – von Linksextremisten, von islamistisch gefärbten Querfront-Formationen und von Marodeuren aus den Banlieues. Wer die Augen offen hält, erkennt das Muster: koordinierte Kampagnen, ein harter Kern, der die Richtung vorgibt, und Tausende Mitläufer, die sich im Rausch der Zerstörung treiben lassen.

Dass dieser Brand in den Vororten der Grossstädte genährt wird, ist kein Zufall. Schon 2020 beschrieb der Soziologe Bernard Rougier, wie ganze Quartiere vom Islamismus kontrolliert werden, wie Prediger den Bruch mit Staat und Gesellschaft propagieren und wie Lokalpolitiker der extremen Linken «Pakte» mit Islamisten schliessen – Wählerstimmen gegen Einfluss. Der französische Inlandgeheimdienst sprach damals von 150 Quartieren unter islamistischer Kontrolle. Die Republik hat sich aus diesen Gebieten zurückgezogen. Die Banlieues sind No-Go-Areas und Brutstätten einer Gewaltbereitschaft, die keinen Respekt mehr vor staatlicher Ordnung kennt. Eine völlig aus dem Ruder gelaufene Migrationspolitik hat über Jahrzehnte Parallelgesellschaften geschaffen, die jetzt zurückschlagen. Die Missstände liegen tief.

Kuscheljustiz statt Durchgreifen

Und was tut die französische Regierung? Sie verhängt «*sehr lokal begrenzte*» Ausgangssperren, redet von einer «*äusserst entschlossenen*» Justiz – und liefert das Gegenteil. Von 2’500 Festgenommenen wurden bis Dienstag 149 verurteilt. Ein 21-Jähriger, der mit acht Glasflaschen, Aceton und Lappen erwischt wurde, erhielt acht Monate, davon sechs bedingt. Ein 23-Jähriger, der einen Feuerwerksmörser auf Polizisten abfeuerte, kam mit zwölf Monaten bedingt davon. Das ist keine Abschreckung, das ist eine Einladung. Eine Regierung, die wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl so offensichtlich nicht Herr der Lage ist, macht sich lächerlich – und sie sendet ein fatales Signal an alle, die noch unschlüssig sind, ob sich Gewalt lohnt.

Das Signal wurde ausgesandt – mittlerweile über die Landesgrenzen hinaus. In Mailand kam es am 18. Oktober zu Strassenschlachten, Angriffen auf öffentliche Gebäude und Plünderungen. Giorgia Meloni musste eine Sondersitzung zur öffentlichen Ordnung einberufen: «*Demonstrieren ist ein Recht, Städte in Brand zu setzen nicht.*» In Brüssel brennen Barrikaden, in Tirana drangen Randalierer in Ministerien ein. Die Krawalle schwappen über ganz Europa – offenbar auch in die Schweiz.

«Volle Unterstützung aus der Schweiz»

Denn während Frankreich brannte, standen zwei Schweizer Jungsozialisten auf der Place de la République: Julien Berthod, Vizepräsident der Juso Schweiz, und Antonin

Fournier vom Vorstand der Neuenburger Juso. In einem Instagram-Video formt Berthod mit den Händen ein Herz und ruft: «*Unsere volle Unterstützung aus der Schweiz.*» Dann wirbt er dafür, die Protestwelle in die Schweiz zu bringen – mit dem «Jugendstreik» vom 20. November, der in Basel und weiteren Schweizer Städten an Gymnasien und Hochschulen stattfinden soll. Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann verkündet per Medienmitteilung: «*Wir haben genug von dieser Zerstörungswut!*» Gemeint ist nicht etwa die Zerstörungswut der Plünderer. Gemeint ist die Armee.

Man muss sich diese Dreistigkeit auf der Zunge zergehen lassen. Von der Gewalt in Frankreich will der Juso-Vizepräsident «nichts mitbekommen» haben, er sei ja «weit vorne» gelaufen. Stattdessen behauptet er ohne jeden Beleg, Zivilpolizisten hätten die Gewalt angezettelt, und wirft der französischen Regierung vor, sie rücke die Gewalt «in den Vordergrund», um von den Forderungen abzulenken. Als die Kritik hierzulande laut wurde, legte er gegenüber «20 Minuten» nach: «*Wir importieren den Zorn nicht, er ist bereits in der Schweiz.*» Das ist keine Beschwichtigung. Das ist eine Drohung.

Die «Anarchistische Gruppe Bern» war in Paris ebenfalls mit von der Partie und postete stolz ein Bild: «Free Andi», gesprayt an die beschädigte Tür eines Militärgebäudes am Place de la République, neben einer Palästina-Flagge und dem Schriftzug «ACAB». Gemeint ist Andrea Stauffacher, die 76-jährige Ikone der Zürcher Linksextremen, die diese Woche am Bezirksgericht Zürich wegen Landfriedensbruch und Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte zu zwölf Monaten unbedingt verurteilt wurde. Statt im Gerichtssaal zu erscheinen, schwang sie draussen die rote Fahne, während Böller knallten – und kommentierte die Krawalle in Frankreich und Italien so: «*Wir haben gesehen, dass Europa brennen kann. Und das ist wichtig.*» Das ist das Milieu, dem der Vizepräsident der Schweizer Jungsozialisten zudient, wenn er französische «Jugendstreiks» in der Schweiz plant.

Wermuth und Meyer in der Pflicht

Die Juso ist die Jugendsektion der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Einer Partei, die zwei Bundesräte stellt und sich gerne staatstragend gibt. Dass ihre Jung-Sektion mit Krawallmachern fraternisiert, Zivilpolizisten als Brandstifter verleumdet und französische Verhältnisse herbeisehnt, ist brandgefährlich und schlicht inakzeptabel. Die FDP hat es richtig benannt: «*SP, pfeift eure Jungpartei SOFORT zurück!*» SVP-Ständerat Werner Salzmann warnt zu Recht, dass es hier um Demonstrationen geht, «*die wie damals in Bern eskalieren können*» – man erinnere sich an die verwüstete Berner Altstadt nach der Palästina-Demo vom Oktober 2025.

Und was macht die SP-Spitze? Sie lässt ausrichten, man stehe «*solidarisch an der Seite aller, die friedlich für ihre Anliegen einstehen*.» Auf die Frage nach parteiinternen Konsequenzen ging die Partei nicht ein. Kein Wort von Cédric Wermuth, kein Wort von Mattea Meyer. Das Schweigen ist kein Zufall. Beide stammen aus demselben Juso-Sumpf, der jetzt den Zorn aus Paris importieren will. Wermuth war Juso-Präsident, Meyer sass in der Juso-Spitze, bevor sie die Mutterpartei übernahmen. Es ist derselbe Wermuth, der 2021 erklärte, den Wohlstand in diesem Land schafften «*die Menschen,*

die jeden Tag um acht Uhr morgens aufstehen». Um acht Uhr! Da ist der Büezer längst auf dem Bau, die Verkäuferin an der Kasse, die Pflegefachfrau nach der Nachtschicht auf dem Heimweg. Ein Armutszeugnis für den Präsidenten einer SP, die sich einst Arbeiterpartei nannte.

Während die SP-Spitze ihre Jungspunde gewähren lässt, räumt sie an der anderen Flanke gnadenlos auf. Daniel Jositsch, langjähriger Zürcher Ständerat, Strafrechtsprofessor und Sozialliberaler, wurde im Mai von den Zürcher Delegierten kaltgestellt – und trat aus der Partei aus. Mario Fehr war ihm auf diesem Weg schon vorausgegangen. Die Botschaft ist unmissverständlich: Wer in der SP moderat, bürgerlich anschlussfähig und rechtsstaatlich denkt, fliegt raus. Wer in Paris mit Vermummten marschiert und zuhause die Armee verunglimpft, wird gedeckt. Wermuth und Meyer sind jetzt gefragt, Flagge zu zeigen, ihre abgedrifteten Jungspunde zurückzubinden – und die antisemitischen, links-woken und kulturmarxistischen Strömungen in dieser Jungpartei endlich trockenzulegen.

Die Gewalt kommt von links – das sagt auch der Bund

Was sich Linksextreme in der Schweiz erlauben dürfen, ist ohnehin skandalös. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) registrierte 2024 196 linksextremistische Ereignisse, 60 davon gewaltsam. Rechtsextremistische Ereignisse: 25, davon ein einziges gewaltsam. Die linksextreme Szene ist also um ein Vielfaches gewalttätiger. Trotzdem stellt die Unabhängige Aufsichtsbehörde fest, der NDB sei «*nicht in der Lage*», seinen Auftrag im Bereich gewalttätiger Linksextremismus «*optimal zu erfüllen*». Wer eingeschlagene Scheiben bei Swiss und UBS, die brennende Berner Altstadt und Böller vor dem Zürcher Bezirksgericht als Folklore abtut, hat die Lage nicht verstanden. Hier braut sich Gefährliches zusammen – und die Allianz linker Kreise mit Islamisten, seit dem 7. Oktober 2023 europaweit sichtbar, ist der Brandbeschleuniger.

Man stelle sich einen Moment lang vor, die Junge SVP hätte zu einem Aktionstag aufgerufen, nachdem ihr Vizepräsident mit Rechtsextremen durch eine brennende Hauptstadt marschiert wäre. Der Aufschrei wäre ohrenbetäubend: Sondersendungen bei SRF, Leitartikel über die «Verrohung der Rechten», Rücktrittsforderungen, Distanzierungsrituale im Stundentakt, eine «besorgte Zivilgesellschaft» im Daueraktivismus. Und bei der Juso? Ein paar kritische Artikel, dann Achselzucken. Die Doppelmoral der Mainstream-Medien und der linken Schickeria könnte nicht offensichtlicher zu Tage treten.

Die Ignoranz hat System. Die Jusos von heute sind behütet aufgewachsen, haben vom Schweizer Wohlstand profitiert wie keine Generation vor ihnen – und verhalten sich respektlos gegenüber eben jener Ordnung, die ihnen das alles ermöglicht hat. Konsequenzen müssen sie keine fürchten. Der NGO-Sumpf hält zusammen: Links-grüne Organisationen und Gewerkschaften pumpen jährlich zweistellige Millionenbeträge in linke Kampagnen – mehr als die Wirtschaftsverbände. Die paritätischen Kommissionen der Gesamtarbeitsverträge kassieren über 230 Millionen Franken Zwangsabga-

ben pro Jahr, von denen mindestens 55 Millionen ohne nachvollziehbare Gegenleistung an Gewerkschaften und Co. fliessen. Dieses Geld finanziert Sekretariate, Kampagnenstellen und Praktika – und beschäftigt in schöner Regelmässigkeit die Kader von Juso, Klimastreik und Grünen. Wer so versorgt ist, kann sich das Zündeln leisten.

Lernen von Frankreich, bevor es zu spät ist

Noch haben wir in der Schweiz keine Banlieues, in denen der Staat kapituliert hat, keine 150 Quartiere unter islamistischer Kontrolle, keine Regierung, die sich vor der Strasse duckt. Wir haben die direkte Demokratie als Ventil. Die Jusos dagegen wollen die bürgerliche Schweiz zerstören – durch importierte Krawalle aus Frankreich und eine Politik, die Gräben aufreisst und destabilisiert.

Die Antwort darauf muss klar sein. Erstens: Null Toleranz für politische Gewalt, von welcher Seite auch immer – und ein NDB, der die linksextreme Bedrohung endlich so ernst nimmt, wie es die Zahlen verlangen. Zweitens: Wer mit Krawallmachern paktiert, gehört geächtet – in den Medien, in den Parlamenten, in den Gewerkschaftssekretariaten, die diese Leute durchfüttern. Drittens: Die SP-Spitze muss sich entscheiden, ob sie eine staatstragende Partei führen oder die politische Vorfeldorganisation des Revolutionären Aufbaus sein will. Wermuth und Meyer schulden dem Land eine Antwort – und zwar unverzüglich.

Frankreich zeigt uns, wohin es führt, wenn man jahrzehntelang wegschaut, verharmlost und Täter zu Opfern erklärt. Solche Zustände wollen wir in der Schweiz niemals. Es liegt an uns, dafür zu sorgen.

Anian Liebrand